



Barbara Hendricks eröffnet Bündnis-Forum für bezahlbares Wohnen und Bauen

Barbara Hendricks eröffnet Bündnis-Forum für bezahlbares Wohnen und Bauen
Ungeachtet der Zuwachsraten im Wohnungsbau hat Bundesbauministerin Barbara Hendricks die Bauwirtschaft zu weiteren Investitionen aufgefordert. "Zwar hat die Wohnungsbautätigkeit wieder zugenommen. Wir sind auf einem guten Weg. Aber das reicht noch nicht. Wir brauchen mehr und vor allem bezahlbaren Wohnungsbau," sagte Hendricks heute zur Eröffnung des Forums "Rahmenbedingungen und Herausforderungen für mehr Wohnungsbau" in Berlin. Die Veranstaltung fand im Rahmen des Bündnisses für bezahlbares Wohnen und Bauen statt, das Hendricks im Sommer aus der Taufe gehoben hatte. Dem Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen haben sich wohnungs- und bauwirtschaftliche Verbände, Länder und Kommunen angeschlossen. Sie wollen gemeinsam Voraussetzungen für mehr Investitionen schaffen. Dabei sollen wirtschaftliches Handeln und soziale Ziele vor dem Hintergrund regionaler Besonderheiten in Einklang gebracht werden. Das heutige Bündnis-Forum war die erste öffentliche Veranstaltung, zu der neben den Bündnis-Mitgliedern und -Partnern auch die interessierte Fachöffentlichkeit aus Wohnungswirtschaft, Politik und Finanzsektor eingeladen war. Ministerin Hendricks: "Ich weiß, dass die Investoren grundsätzlich bereit sind, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Hierzu wollen wir in den kommenden Monaten die vorhandenen Instrumente auf den Prüfstand stellen und gemeinsam weiterentwickeln. Es sind aber auch neue, innovative Lösungen für die vor uns liegenden Zukunftsaufgaben nötig. Ich erhoffe mir dazu konstruktive Vorschläge, die wir mit einem breiten Kreis an Bündnispartnern unvoreingenommen und offen diskutieren werden." Mit der wachsenden Wohnungsnachfrage in vielen Städten und Gemeinden sind Mieten und Kaufpreise in den deutschen Ballungsgebieten in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Immer mehr Haushalte haben unter diesen Bedingungen Schwierigkeiten, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Nur durch verstärkten Wohnungsneubau kann die Nachfrage gedeckt werden. Zugleich muss gewährleistet sein, dass Wohnraum weiterhin auch für mittlere und untere Einkommensgruppen bezahlbar bleibt. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)
Stresemannstraße 128 - 130
10117 Berlin
Telefon: 030 18 305-0
Telefax: 030 18 305-2044
Mail: presse@bmub.bund.de


Pressekontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

10117 Berlin

presse@bmub.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

10117 Berlin

presse@bmub.bund.de

Zum Geschäftsbereich des Bundesumweltministeriums gehören drei Bundesämter mit zusammen mehr als 2.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern: das Umweltbundesamt, das Bundesamt für Naturschutz sowie das Bundesamt für Strahlenschutz. Darüber hinaus wird das Ministerium in Form von Gutachten und Stellungnahmen von mehreren unabhängigen Sachverständigengremien beraten. Die wichtigsten Beratungsgremien sind der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen und der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen.